

42-2.03.2000

# Keine Lösung für den Knotenpunkt

## Rat Nackenheim diskutiert Kreuzungsproblem

m. NACKENHEIM – Mit der unbefriedigenden Verkehrssituation auf der L 431 in Richtung Bodenheim bei der Einmündungen der St.-Gereon-Straße und der Ausfahrt aus dem Arkaden-Zentrum, befasste sich der Rat in jüngster Sitzung erneut. Bürgermeister Bardo Kraus erläuterte, eine Verbesserung ließe sich mit dem neuen Plan des Straßen- und Verkehrsamtes erzielen, wonach Stauräume für die Abbieger geschaffen würden.

Die Überlegungen, neben der derzeitigen Zufahrt zwei neue Ausfahrten zu schaffen, könnten wegen der problematischen Besitzverhältnisse nicht realisiert werden. Die Kosten für bauliche Maßnahmen übernehme wohl das Land. Allerdings werde noch eine Verkehrszählung nötig. Um das Sichtdreieck überschaubarer zu machen, müsse der Fassboden verschoben werden.

Deutlich wurde, dass die Zahl der Geschäfte im „Arkaden-Zentrum“ abnimmt. Auch die Postagentur überlegt, ihre Niederlassung dort aufzugeben. Das Problem entstehe gar nicht bei den Arkaden, sondern durch die Einfahrt aus der St. Gereon-Straße, meinte Michael Mogk (SPD). Im dichten Verkehrsstrom während der

Rush-Hour sei das Einfädeln oft problematisch. Fraktionskollege Richard Speckenheuer fügte hinzu, die Planung sei das Papier nicht wert, auf dem sie stehe. Das Sichtdreieck lasse nicht mal einen Einblick von 30 Metern zu. Beigeordneter Siegbert Weber widersprach. Er meinte, wenn der Fassboden versetzt werde, könne man 50 Meter weit schauen. Ortschef Kraus schlug eine nochmalige Aussprache mit dem Straßen- und Verkehrsamt vor.

Einstimmig verabschiedete der Rat durchschnittlich um zehn Prozent erhöhte Friedhofsgebühren. Demnach kostet ein Einzelgrab 1100, das Doppelgrab 2200 Mark, Urnengräber 550 Mark und die Pauschale für die Leichenhalle 450 Mark.

Unterschiedliche Auffassungen gab es zu einem SPD-Antrag, im alten Ortskern mehr Parkplätze zu schaffen. Dabei denken die Sozialdemokraten besonders an das Gelände am ehemaligen Feuerwehrgerätehaus. Bürgermeister Kraus verwies auf einen CDU-Antrag von 1993, der diese Planung ins Gespräch gebracht habe. Allerdings sei dort immer noch der Bauhof untergebracht. Der SPD-Antrag wurde in die Ausschüsse verwiesen.